

Wahlprüfsteine der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. im Rahmen der Bürgerschaftswahl 2025

	Bündnis 90 / Die Grünen	CDU	Die Linke	SPD
<p>Drug-Checking und Drogenkonsumräume: Wie stehen Sie zur Einführung von Drug-Checking in Hamburg? Welche Schritte planen Sie zur Umsetzung? Sind Änderungen der Konsumraumverordnung nötig? Wie bewerten Sie akzeptierende Drogenarbeit? Welche Strategien verfolgen Sie beim Kokain- und Crackkonsum?</p>	<p>Wir setzen uns klar für die Einführung von Drug-Checking in Hamburg ein. Es ist ein entscheidender Schritt, um den Schutz der Konsument*innen zu verbessern und die gesundheitlichen Risiken zu minimieren. Drug-Checking bietet eine niedrigschwellige Möglichkeit, Substanzen auf gefährliche Verunreinigungen zu testen und so lebensgefährliche Überdosierungen und Vergiftungen zu verhindern. Dies stärkt den präventiven Ansatz in der Drogenpolitik und setzt auf Aufklärung statt Kriminalisierung. Wir arbeiten intensiv daran, die rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für Drug-Checking zu schaffen. Bereits in der laufenden Legislaturperiode haben wir uns in Gesprächen mit den Behörden und auf Bundesebene dafür eingesetzt. Der Prozess ist in Bearbeitung, und wir streben an, dass die Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode erfolgt. Dabei setzen wir uns sowohl für mobile als auch stationäre Angebote ein, um möglichst vielen Konsument*innen Zugang zu bieten.</p> <p>Die Konsumraumverordnung regelt bisher nur den sicheren und überwachten Konsum von Drogen in bestimmten Räumen, während das Drug-Checking eine neue zusätzliche Dienstleistung wäre, die den Konsumierenden erlaubt, ihre Drogen auf Reinheit und gefährliche Verunreinigungen zu testen. Damit Drug-Checking legal und flächendeckend angeboten werden kann, müssten einige rechtliche und organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Die Konsumraumverordnung müsste voraussichtlich entsprechend angepasst werden, um diesen neuen Ansatz zu integrieren.</p> <p>Wir unterstützen die akzeptierende Drogenarbeit ausdrücklich. Sie stellt den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt, ohne zu stigmatisieren oder zu verurteilen. Diese Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Schadensminderung und hilft, gesundheitliche und soziale Risiken für Drogenkonsument*innen zu reduzieren. Prävention, Betreuung und gesundheitliche Aufklärung stehen hier im Vordergrund, anstatt die Menschen in die Illegalität zu drängen.</p> <p>Der Konsum von Kokain und Crack stellt eine besondere Herausforderung dar, da diese Substanzen ein hohes Abhängigkeitspotenzial und gravierende gesundheitliche Folgen haben. Wir setzen auf eine umfassende Präventionsstrategie, die sowohl Aufklärung als auch spezielle Hilfsangebote umfasst. Es muss sichergestellt werden, dass</p>	<p>Aus unserer Sicht wäre es das falsche Signal, wenn der Staat quasi über eine Zertifizierung der Unbedenklichkeit bestimmter Drogen deren Konsum indirekt legalisiert. Das sogenannte ‚Drogen-Checking‘ würde für manche Partygänger zu einem trügerischen Gefühl der Sicherheit führen, wenn der Staat den Service einer Qualitätskontrolle zugänglich macht. Dies kann die Hemmschwelle für den Konsum weiter absenken und durch die Illusion der vermeintlichen Unbedenklichkeit den Einstieg in eine Sucht ebenen.</p>	<p>DIE LINKE ist davon überzeugt, dass ein Teil schwerwiegender psychischer Notfälle, Unfälle und Todesfälle durch Drug-Checking vermieden werden könnte. Denn Konsument*innen hätten so mehr Informationen bezüglich des Wirkstoffgehalts und weiteren Inhaltsstoffen. Wir haben einen Antrag zu Drug-Checking in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht und darin eine entsprechende Rechtsverordnung zur Durchführung eines stationären und/oder mobilen Angebots zum Drug-Checking in Hamburg im Sinne des § 10b BtMG gefordert. Wir sind für den Ausbau der akzeptierenden Drogenarbeit. DIE LINKE setzt sich deshalb für die Einrichtung einer Notschlafstelle für Drogengebraucher*innen im Süderelberaum ein und den Ausbau von bestehenden Plätzen, wie beispielsweise beim Projekt Nox sowie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter*innen und medizinischem Personal in Drogenkonsumräumen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechtsverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen dahingehend geändert wird, dass zukünftig die Beihilfe zum Konsum und die Abgabe von geringen Mengen illegaler Substanzen unter den Drogengebraucher*innen entkriminalisiert wird. Denn auch nach 30 Jahren Drogenkonsumräumen in Hamburg ist die Rechtslage weiterhin paradox. So sind bisher die Abgabe, der Erwerb und der Besitz illegaler Drogen verboten, der Betrieb von Drogenkonsumräumen und der dort stattfindende aber Konsum nicht.</p> <p>DIE LINKE setzt sich für eine Drogenpolitik ein, die die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in den Fokus rückt und nicht auf Repression und Verdrängung setzt. Insbesondere zur Verbesserung der Situation von Crack-Konsument*innen rund um den Hamburger Hauptbahnhof fordern wir einen integrierten, tolerierenden, aufsuchenden und unterstützenden Ansatz, der den Ausbau von Konsum- und Ruheräumen vorsieht.</p>	<p>Das Angebot eines Drug Checkings, das Überdosierungen verhindern und Konsumkompetenz fördern kann, bauen wir aus. Den Handel mit illegalen Drogen bekämpfen wir konsequent. In einer Großstadt wie Hamburg geht es darum, dass Drogenpolitik stadtverträglich ist: Die öffentliche Sicherheit und Ordnung werden gewahrt und gleichzeitig Sozialarbeit als Hilfe für erkrankte Menschen verstärkt. Neben der Wirkung der jeweiligen Substanz können die Begleitbedingungen des illegalen Marktes für Drogen oder bestimmte Konsummuster zusätzliche Risiken bedingen. Wenn es bei einzelnen Menschen nicht gelingt, sie von den Drogen wegzubekommen, dann müssen wir mindestens ihr Überleben sicherstellen bzw. zusätzliche gesundheitliche Schädigungen vermeiden. Für die Zielgruppe suchtkranker Menschen in prekären Lebenslagen hält Hamburg deshalb niedrigschwellige Einrichtungen mit integrierten Drogenkonsumräumen vor, in denen unter hygienischen Bedingungen konsumiert werden kann. Darüber hinaus halten wir ein gut ausgebautes Hilfesystem vor, das bei Ausstieg und Therapie zur Verfügung steht.</p>

	<p>Konsument*innen in niedrighschwelligem Angeboten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Beratung erhalten. Wir befürworten auch hier die Ausweitung der akzeptierenden Drogenarbeit und die Schaffung sicherer Konsumräume, die speziell auf die Bedürfnisse von Crack- und Kokainkonsument*innen zugeschnitten sind.</p>			
<p>Cannabis-Legalisierung und Jugendschutz: Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Teil-Legalisierung von Cannabis? Welche weiteren Schritte sind geplant? Wie sichern Sie Prävention für Jugendliche und die steigende Nachfrage nach Suchtberatung? Welche Konzepte haben Sie zur frühen Intervention?</p>	<p>Die Teil-Legalisierung von Cannabis wird als ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung gesehen. Wir setzen uns seit vielen Jahren für eine kontrollierte Freigabe von Cannabis ein und bewerten die Entscheidung der Bundesregierung, Cannabis zu entkriminalisieren und den privaten Konsum unter bestimmten Bedingungen zu erlauben, positiv. Dennoch sehen wir weiterhin Verbesserungsbedarf. Die aktuellen Regulierungen könnten Augen noch weitergehen, insbesondere was die Ausweitung von legalen Bezugsquellen betrifft. Der Weg sei noch nicht zu Ende, aber der Anfang sei gemacht.</p> <p>Wir setzen auf umfassende Präventionsprogramme, die in Schulen, Jugendzentren und über soziale Medien ansetzen sollen. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen sollen Jugendliche frühzeitig über die Risiken des Cannabiskonsums informiert werden. Diese Programme sollen wissenschaftlich fundierte Informationen vermitteln und dazu beitragen, den bewussten und reflektierten Umgang mit der Droge zu fördern. Wir befürworten in diesem Zusammenhang auch die Stärkung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften durch Fortbildungen und zusätzliche Ressourcen, damit die Jugendlichen frühzeitig erreicht werden können. Weiterhin unterstützen wir Programme, die auch Eltern über Cannabis und den richtigen Umgang mit Konsumthemen aufklären. Durch gezielte Informationskampagnen sollen Eltern besser informiert und in die Präventionsarbeit einbezogen werden, um frühzeitig in der Familie präventiv wirken zu können. Wir setzen uns stetig für den Erhalt oder eine Aufstockung der finanziellen Mittel für Suchtberatungsstellen ein. Diese Institutionen sollen nicht nur besser ausgestattet werden, sondern auch in ihrer Reichweite erweitert werden, um möglichst viele Menschen, die Unterstützung benötigen, zu erreichen. Hierzu gehören insbesondere mobile Beratungsangebote, Online-Beratung und anonyme Hilfsangebote.</p>	<p>Die Legalisierung von Cannabis war ein schwerwiegender Fehler der Bundesregierung. Zahlreiche Experten und Ärzte warnen vor den Folgen regelmäßigen Drogenkonsums. Es gibt in Deutschland bereits viele Menschen mit Suchtproblemen, denen geholfen werden muss. Eine weitere legale Einstiegsdroge droht diese Situation noch weiter zu verschlimmern. Gerade in einer Großstadt wie Hamburg sehen wir durch die zunehmende Verelendung ganzer Straßenzüge die katastrophalen Folgen des Drogenkonsums. Prävention und Beratung müssen bereits im Jugendalter erfolgen. Dazu gehört auch die Abschaffung des Cannabisgesetzes, denn es droht bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Eindruck: was nicht verboten ist, kann nicht schädlich sein.</p>	<p>DIE LINKE befürwortet die längst überfällige Entkriminalisierung von Cannabis. Aber das Cannabisgesetz der Bundesregierung ist nicht weitreichend genug. Wir lehnen unter anderem die Überregulierung der Cannabis-Clubs, die weitreichenden und realitätsfremden Konsumverbote ab. Stattdessen setzt sich DIE LINKE für eine tatsächliche Legalisierung von Cannabis ein. Konsumierende sollten nicht allein auf den aufwändigen Eigenanbau oder Anbauvereinigungen angewiesen sein. Geprüftes Cannabis muss zum Eigengebrauch an lizenzierten Verkaufsstellen erwerbbar sein. Entsprechend wollen wir die Kapazitäten der Suchthilfe ausbauen und spezielle Präventionsangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir sind für die Einführung einer Cannabissteuer, um mit den Mehreinnahmen Prävention, Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Suchtberatung abzusichern.</p>	<p>Beim Cannabis stehen wir für eine restriktive Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen: Hohe Bußgelder, eine strikte Genehmigungspraxis und die Kontrolle von Anbauvereinigungen. Dem Kinder- und Jugendschutz im Bereich des Cannabis-Konsums gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir stellen in Hamburg eine regional ausgerichtete und niedrighschwellige Suchtberatung sicher und intensivieren die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Suchtprävention. Kleinräumige Evaluationen sichern ergänzend ab, dass die Stadt es unmittelbar erfährt, wenn junge Menschen durch die Legalisierung von Cannabis eine negative Entwicklung nehmen.</p>

<p>Glücksspiel und Computerspiele: Wie gehen Sie mit Online-Glücksspielen und Glücksspielelementen in Games um? Planen Sie Auflagen wie Sozialkonzepte für die Computerspielindustrie? Wie begegnen Sie Internetnutzungsstörungen?</p>	<p>Wie gehen Sie mit Online-Glücksspielen und Glücksspielelementen in Games um? Planen Sie Auflagen wie Sozialkonzepte für die Computerspielindustrie? Wie begegnen Sie Internetnutzungsstörungen?</p> <p>Wir setzen auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen, die durch Online-Glücksspiele und Glücksspielelemente in Computerspielen entstehen. Wir streben an, strikte Regeln und Sozialkonzepte für die Computerspielindustrie einzuführen, um die Spielerinnen und Spieler zu schützen, während gleichzeitig präventive und therapeutische Maßnahmen gegen die exzessive Nutzung des Internets und problematisches Spielverhalten ausgebaut werden. Wir betrachten Glücksspielelemente in Videospielen, wie Lootboxen oder ähnliche Mechanismen, die auf Zufallsbelohnungen basieren, als potenziell süchtig machend. Wir fordern eine klare Regulierung dieser Praktiken. Wir sehen vor, dass solche Spielelemente besonders gekennzeichnet und auf Risiken überprüft werden müssen. Spiele mit diesen Mechanismen sollten einer Altersbeschränkung unterliegen und klar von herkömmlichen Spielen abgegrenzt werden. Weiterhin fordern wir eine Transparenzpflicht für Entwickler und Anbieter solcher Spiele.</p>	<p>Zur Bekämpfung der oft für ganze Familien und Firmen fatalen Glücksspielsucht müssen wir einerseits ein adäquates Hilfeangebot unterstützen, andererseits sind wir als Politik verpflichtet, gegen jede Form des illegalen Glücksspiels konsequent vorzugehen. Das gilt für Hamburg, aber beim Onlinespiel auch in Abstimmung mit anderen Bundesländern und auf der europäischen Ebene. Die neu gegründete Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder überzeugt allerdings bisher noch nicht wirklich. Sie agiert viel zu bürokratisch und nicht pragmatisch, doch nur so kann man Sucht bekämpfen. Neuere Formen der sog. Nicht-stoffgebundenen Süchte wie z.B. Handy-/Online-Sucht greifen immer weiter um sich und gefährden besonders Kinder und Jugendliche. Hier wollen wir eine mit dem Bildungsbereich abgestimmte Strategie entwickeln, die die Nutzung einschränkt und in manchen Bereichen auch ganz unterbindet. Dadurch können die Pädagogen auch auf Jugendliche aufmerksam werden und ihnen Hilfe vermitteln, die bereits eine problematische Abhängigkeit entwickelt haben.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene für ein Verbot von Spielmechaniken in Computer- und Videospielen ein, die kostenpflichtige virtuelle Behälter oder Pakete sowie Glücksrad- oder Spielautomatenwalzen-ähnliche Funktionen darstellen und die Gegenstände im Spiel (sog. „Items“) nach dem Zufallsprinzip kostenpflichtig vergeben. Wir wollen Spieleentwickler*innen zu einer Kenntlichmachung von Wahrscheinlichkeiten für die Vergabe von zufallsgenerierten kostenpflichtigen Spielinhalten verpflichten.</p> <p>Der kompetente und selbstbestimmte Umgang mit Internet und anderen Medien muss frühzeitig erlernt werden, deswegen unterstützen wir Projekte an Schulen oder in außerschulischen Bereich, wie beispielsweise in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die der frühzeitigen Intervention dienen.</p>	<p>Für die Kampagne „Automatisch verloren!“ – eine Informationskampagne für Nutzerinnen und Nutzer von Glücksspielangeboten und deren Angehörige – werden jährlich Mittel in Höhe von 34.000 Euro von der für Glücksspiel zuständigen Behörde auf die für Gesundheit zuständige Behörde übertragen und der Fachstelle SUCHT.HAMBURG durch eine Zuwendung zur Verfügung gestellt. Es werden zudem Projekte wie z.B. „Lebenslust statt Onlineflucht“ ein kognitiv-verhaltenstherapeutisches Gruppenprogramm für Jugendliche mit abhängigem Computer- oder Internetgebrauch unterstützt. Hier wird die Grenze hin zur problematischen Internetnutzung thematisiert. Nähere Informationen haben SPD und GRÜNE in einer Großen Anfrage Drs. 22/16505 vom Senat erfragt. Diese wird im Januar 2025 im Gesundheitsausschuss beraten.</p>
<p>Zielgruppen und Institutionen der Suchthilfe: Wie sprechen Sie heterogene Zielgruppen an? Wie sehen Sie die Rolle der Landesstelle für Suchtfragen? Wie unterstützen Sie deren Arbeit?</p>	<p>Wie sprechen Sie heterogene Zielgruppen an? Wie sehen Sie die Rolle der Landesstelle für Suchtfragen? Wie unterstützen Sie deren Arbeit?</p> <p>Wir verfolgen in der Drogen- und Suchthilfe einen Ansatz, der auf die Vielfalt der Zielgruppen eingeht, um eine effektive und maßgeschneiderte Unterstützung für alle Betroffenen zu gewährleisten. Dazu gehört die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Jugendlichen, Erwachsenen, älteren Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder spezifischen sozialen Herausforderungen. Die Rolle der Landesstellen für Suchtfragen wird als zentraler Akteur für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Suchthilfe betrachtet. Die Landesstellen für Suchtfragen sind für uns unverzichtbare Akteure in der Suchtprävention, -beratung und -behandlung. Sie nehmen eine koordinierende Rolle zwischen den verschiedenen Akteur*innen ein, darunter Suchthilfeeinrichtungen, Kommunen, Fachverbände und politische Entscheidungsträgern.</p>	<p>Die CDU-Fraktion hat in dieser Legislaturperiode den rot-grünen Senat mehrfach in der Bürgerschaft aufgefordert, sich überhaupt erstmal mit der heterogenen Zielgruppe wie beispielsweise rund um den Hauptbahnhof und das Drob Inn zu beschäftigen. Dies ist notwendig, um zielgerichtet Hilfe anzubieten, denn die Problemfelder der Betroffenen können stark voneinander abweichen. Es gibt in Hamburg viel zu wenig Mediziner, die sich mit Suchterkrankung auskennen. Zwar betont der Senat, dass er 2022 insgesamt 519 einzelne Maßnahmen der Suchtprävention gefördert habe, aber viel hilft nicht immer viel. Es geht hier auch um die Frage, was wirklich effizient hilft.</p>	<p>Hamburg verfügt zwar über ein differenziertes Drogen- und Suchthilfesystem, gleichwohl gibt es aus unserer Sicht Verbesserungsbedarfe. Denn immer noch sind nicht alle Beratungs- und Unterstützungsangebote barrierefrei und für alle zugänglich. Barrierefreiheit muss bei der Ausgestaltung des Drogen- und Suchthilfeangebots mitgedacht werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass digitale Angebote andere Zielgruppen ansprechen. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass die Digitalisierung in der Beratung weiter ausgebaut und refinanziert wird.</p> <p>Wir nehmen die Landesstelle für Suchtfragen als zuverlässigen Kooperationspartner wahr, dessen Expertise wir schätzen. DIE LINKE bemüht sich um einen guten Austausch, um so die Forderungen der Sucht- und Drogenhilfe in der Bürgerschaft einzubringen.</p>	<p>Die Maßnahmen der Suchtprävention richten sich an alle Teile der Bevölkerung, wobei hierbei die Präventionsmaßnahmen in universelle, selektive und indizierte zu unterscheiden sind. Die verschiedenen Zielgruppen müssen auf den Wegen angesprochen werden, auf denen sie am besten erreicht werden. Zentrale Orte wie die Schule für Kinder und Jugendliche oder die Betriebe bei Erwerbstätigen spielen eine ebenso wichtige Rolle wie bevorzugte Medien. Eine vielfältige Trägerlandschaft ist hier sehr hilfreich, um zielgruppenscharf agieren zu können. Die FHH unterstützt die Fachstelle für Suchtfragen SUCHT.HAMBURG als einen zentralen Netzwerkakteur für Hamburg, der in seinem eigenen Leitbild der Diversität und Heterogenität der Zielgruppe verpflichtet ist und in verschiedenen Arbeitskreisen die vielfältigen Bezüge von Abhängigkeits-erkrankungen bearbeitet. SUCHT.HAMBURG leistet als Fachstelle für Suchtfragen in Hamburg einen auch aus unserer Sicht unverzichtbaren Beitrag zur Suchthilfe in Hamburg. Die Landesstelle wiederum ist Gesellschafter der SUCHT.HAMBURG gGmbH.</p> <p>Die Hamburgische Landesstelle für Suchtfragen e. V. (HLS) selbst ist die Dachorganisation von mehr als 40 Einrichtungen und Institutionen der Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention in Hamburg und als solche ein unabhängiger zivilgesellschaftlicher Dachverband, dessen Know How und Expertise hoch geschätzt und von der FHH ebenfalls mit einer Zuwendung für definierte</p>

				<p>Zwecke unterstützt wird. Die landesweite Koordination und Absprache unter den Behörden zur Suchtprävention findet in der „Ständigen Arbeitsgruppe Suchtprävention (STAGS)“, statt. Die Fachstelle für Suchtfragen SUCHT.HAMBURG und das Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) (UKE) haben eine beratende Funktion.</p>
<p>Psychiatrieplan und Versorgungsangebote: Welche Schritte planen Sie zur Umsetzung des Psychiatrieplans, besonders bei Entgiftungsplätzen? Wie wollen Sie ambulante/tagesklinische Angebote auch für Heranwachsende ausbauen? Wie vernetzen Sie Versorgungsketten besser?</p>	<p>Welche Schritte planen Sie zur Umsetzung des Psychiatrieplans, besonders bei Entgiftungsplätzen? Wie wollen Sie ambulante/tagesklinische Angebote auch für Heranwachsende ausbauen? Wie vernetzen Sie Versorgungsketten besser?</p> <p>Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Psychiatrieplans ein, um die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, einschließlich Suchtproblemen, gezielt und nachhaltig zu verbessern. Dabei ist es uns ein zentrales Anliegen, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen in den Fokus zu rücken und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Zusätzlich fördern wir den Ausbau ambulanter und tagesklinischer Angebote, insbesondere für Heranwachsende, die oftmals spezifische Unterstützungsstrukturen benötigen. Ein wesentlicher Baustein unserer Politik ist die Vernetzung der verschiedenen Akteur*innen im Bereich der psychischen Gesundheit und Suchtbehandlung. Wir sind überzeugt, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen psychiatrischen Diensten, Suchthilfeeinrichtungen, der Jugendhilfe, Schulen und dem Gesundheitswesen eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Betreuung sichergestellt werden kann. Diese Zusammenarbeit soll durch die Einrichtung von Koordinationsstellen und den Ausbau integrierter Versorgungsmodelle gefördert werden, damit Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchtproblemen lückenlos begleitet werden, von der Prävention über die Akutbehandlung bis zur langfristigen Nachsorge.</p> <p>Darüber hinaus legen wir großen Wert auf die Bereiche Prävention und Frühintervention. Es ist uns wichtig, bereits frühzeitig anzusetzen, um psychische Erkrankungen zu verhindern oder deren Schwere zu reduzieren. Durch Aufklärungsprogramme in Schulen, niedrigschwellige Beratungsangebote und digitale Präventionsplattformen möchten wir erreichen, dass sowohl Jugendliche als auch Erwachsene schneller Hilfe in Anspruch nehmen können. Insgesamt verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl die akute Behandlung als auch die Prävention, Vernetzung und Nachsorge im Blick hat, um die psychische Gesundheit in Hamburg langfristig zu stärken und allen Betroffenen eine bestmögliche Versorgung zu bieten.</p>	<p>Erstmal müssten wir die genauen Zahlen kennen. Als wir den Senat befragten hieß es, die Anzahl der Vermittlung in ambulante und stationäre Entzugsbehandlung würde nicht spezifisch ausgewiesen. Er erwähnte zwar für das Jahr 2020 5.453 Weiterbetreuungen und für das Jahr 2021 6.137 Weiterbetreuungen, also eine steigende Zahl, doch was davon ambulant, was stationär ist oder gar, was die Ursache für die Steigerung ist, das konnte uns der Senat nicht sagen. Aber um passgenau helfen zu können, muss man die Ausgangslage kennen.</p>	<p>Wir begrüßen die Erarbeitung des Psychiatrieplans und die Einbindung auch der Perspektiven von Psychiatrie-Erfahrenen und Suchthilfe-Erfahrenen Menschen. Bei der Umsetzung des Psychiatrieplans kommt es darauf an, die Weiterentwicklung nicht als Nullsummenspiel zu betrachten. Bei Bedarf müssen auch zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, damit die Verbesserungen, die im Psychiatrieplan erarbeitet wurden auch tatsächlich die Situation von psychisch erkrankten Menschen und suchtkranken Menschen spürbar verbessern. Der Ausbau stationärer und ambulanter Angebote, auch für Heranwachsende, muss gemeinsam in Verbänden gestaltet werden. Dabei sollten Menschen mit Suchthilfe-Erfahrung und Psychiatrie-Erfahrung strukturell eingebunden werden. Aber auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind dabei ein wichtiger Faktor, sie müssen so gestaltet werden, dass die Beschäftigten körperlich und psychisch gesund bleiben.</p>	<p>Wir schaffen im Zuge der Umsetzung des Hamburger Psychiatrieplans sogenannte Gemeindepsychiatrische Verbände in allen Hamburger Bezirken. Dort stellen wir Hilfen im Bereich der sozialpsychiatrischen Grundversorgung, der Selbstversorgung sowie der Tagesgestaltung in den Mittelpunkt. Vernetzte Angebote dieser Art sind in gemeinsamer Verantwortung von Anbieterseite und Versorger einzurichten. Ein zeitnaher Zugang zur Versorgung ist auch und gerade bei psychischen Erkrankungen wichtig, dafür werden wir sorgen. Als weiteren Baustein eines niedrigschwelligen und inklusiven Angebots richten wir eine Psychiatriekoordinierung ein. Dabei steht die Ausweitung präforensischer Versorgungsangebote ebenso im Fokus wie frühzeitige und aufsuchende Angebote. Auch ein Krisentelefon werden wir einrichten. Die Umsetzung des Psychiatrieplans, die bereits 2025 beginnen soll, wird auch Fragestellungen für die Krankenhausplanung, die mit Blick auf die Krankenhausstrukturreform ebenfalls in 2025 erfolgt, aufwerfen. Die Kapazitäten bei den Entgiftungsplätzen wird dabei einzubeziehen sein.</p>

<p>Substitution und Essstörungen: Wie stellen Sie die Substitution in Hamburg in den nächsten Jahren sicher, angesichts des mangelnden Angebots an Substitutionsärzt*innen und -praxen? Wie begegnen Sie der steigenden Prävalenz von Essstörungen?</p>	<p>Wie stellen Sie die Substitution in Hamburg in den nächsten Jahren sicher, angesichts des mangelnden Angebots an Substitutionsärzt*innen und -praxen? Um die Substitutionstherapie in Hamburg langfristig zu sichern und auszubauen, ist es notwendig, Anreize für Ärzt*innen zu schaffen. Dazu gehören Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Vorschriften für Substitutionspraxen. Gleichzeitig sollte die Ausbildung und Fortbildung von Ärzt*innen im Bereich Suchterkrankungen und Substitution verbessert werden. Zusätzlich könnte die Förderung mobiler Substitutionsdienste helfen, den Zugang zur Therapie zu erleichtern, insbesondere für Menschen in schwer erreichbaren Gebieten. Schließlich wäre eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen im Bereich der Suchtbehandlung wichtig, um eine umfassende Unterstützung für Betroffene zu gewährleisten.</p> <p>Die steigende Prävalenz von Essstörungen wie Magersucht, Bulimie und Binge-Eating, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, erfordert umfassende Maßnahmen. Um Betroffene besser zu unterstützen, setzen wir auf Prävention und frühe Intervention. Hierzu gehört der Ausbau von Präventionsprogrammen, die sich an Schulen, Jugendzentren und sozialen Netzwerken orientieren. Zudem ist es wichtig, niedrigschwellige Zugangswege zu Beratungs- und Therapieangeboten zu schaffen, um eine frühzeitige Erkennung von Essstörungen zu fördern. Darüber hinaus sollten Fachkräfte wie Lehrer*innen und Jugendbetreuer*innen verstärkt geschult werden, um Anzeichen von Essstörungen frühzeitig zu erkennen und Betroffene an geeignete Hilfsangebote zu vermitteln. Eine enge Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteur*innen ist entscheidend, um schnelle und zielgerichtete Hilfen anzubieten.</p>	<p>Einrichtungen wie dem Drob Inn fällt gerade im Bereich der Substitution eine besondere Rolle zu. Politik muss diesen Einrichtungen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit besonders die Substitutionsangebote in Hamburg ausgebaut werden können. Beim Thema Essstörungen ist es von großer Wichtigkeit, die individuellen Hintergründe der Erkrankung genau zu kennen. Eine alltagsnahe Behandlung und persönliche Betreuung von Erkrankten ist sehr wichtig.</p>	<p>Auch in Hamburg hat sich die Anzahl der substituierenden Ärzt*innen in den letzten Jahren deutlich verringert. Das haben Anfragen der LINKEN an den Senat ergeben. Wir haben uns deshalb in einem Antrag an die Bürgerschaft dafür eingesetzt Anreize für Ärzt*innen für die Substitutionsbehandlung zu schaffen. Beispielsweise durch die Übernahme der Kosten der Weiterbildung oder die entsprechende Ausstattung der Praxen. Um den gestiegenen Bedarfen Rechnung zu tragen, hat sich DIE LINKE in der Bürgerschaft für den Ausbau der niedrigschwelligen Beratungsangebote für Menschen mit Essstörungen eingesetzt und die entsprechende Aufstockung der Mittel in diesem Bereich gefordert.</p>	<p>Die Substitutionsmedizin erfordert neben dem fachlichen Know How auch ein hohes Maß an Engagement und Interesse für die Suchterkrankten und deren soziale Lage. Für diese Arbeit zu werben, ist auch Aufgabe der aktuell noch vorhandenen Fachärzte. Neben dem Interesse für soziale Medizin ist auch die Frage der extrabudgetären Vergütung nicht unerheblich. Wir versuchen mit der Schaffung von guten Rahmenbedingungen die Arbeit aller in der Suchthilfe Tätigen nach Kräften zu unterstützen. Das ist auch eine Frage der Sichtbarkeit, der Anerkennung und des Respekts. Beratungsangebote bei Essstörungen sollen auch für Männer zugänglich sein.</p>
<p>Wohnsituation und Teilhabe: Welche Strategien verfolgen Sie zur Verbesserung der Wohnsituation abhängigkeits-erkrankter Menschen? Wie bewerten Sie das geplante Zentrum für Teilhabe und welche Erwartungen haben Sie an dessen Wirkung für die Zielgruppe?</p>	<p>Um die Wohnsituation von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen zu verbessern, verfolgen wir mehrere Strategien, die auf ein integratives und unterstützendes Wohnumfeld abzielen. Dazu gehört der Ausbau von Wohnangeboten, die speziell auf die Bedürfnisse von Betroffenen zugeschnitten sind, wie betreutes Wohnen oder Übergangswohnungen, die sowohl Stabilität als auch Rückzugsräume bieten. Ein weiterer Fokus liegt auf der Vernetzung von Wohn- und Unterstützungssystemen. Hierbei ist es wichtig, dass soziale Dienste, psychiatrische Angebote und Suchthilfe eng zusammenarbeiten, um eine ganzheitliche Betreuung zu gewährleisten. Außerdem setzen wir uns für niedrigschwellige Zugangswege zu Wohnprojekten ein, um sicherzustellen, dass Betroffene unabhängig</p>	<p>Die CDU hat sich in der vergangenen Legislaturperiode für die Verbesserung der Wohnsituationen für abhängigkeitskranke Menschen eingesetzt. Dabei gingen unsere Vorschläge von der verstärkten Nutzung von Tiny-Houses für diese Personengruppen bis hin zum Ausbau von Sozialwohnungen.</p>	<p>Als LINKE setzen wir uns seit Langem für Housing First und den Ausbau der Plätze ein. Housing First stellt zuerst einen Wohnraum zur Verfügung und bietet erst auf dieser Grundlage andere Unterstützungen an. Wohnen wird als Ausgangspunkt der Unterstützung verstanden, nicht als dessen Ziel. Abstinenz ist keine Bedingung für die Bereitstellung von Wohnraum. So werden Housing First-Nutzer*innen beispielsweise aktiv dazu ermutigt, schädigenden Konsum von Alkohol und Drogen zu minimieren und eine Behandlung in Anspruch zu nehmen. Sie werden aber nicht verpflichtet, dies zu tun. Außerdem muss die SAGA als städtisches Wohnungsunternehmen mehr in die Pflicht genommen werden und die Versorgungsverpflichtung</p>	<p>Wir haben in Hamburg den Wohnungsbau wieder ans Laufen bekommen und große Erfolge erzielt. Trotzdem gibt es Menschen, für die das Erreichen einer stabilen Wohnsituation herausfordernd bleibt. Daher werden wir weiterhin den Wohnungsbau für vordringlich Wohnungssuchende, also Menschen ohne Wohnung oder in prekären Wohnverhältnissen, voranbringen. Hierzu werden wir das Sozialunternehmen Fördern & Wohnen zu einem Anbieter von Wohnungen für besondere Zielgruppen entwickeln. Hilfen für obdach- und wohnungslose Menschen sollen gezielt zur Überwindung von individuellen Problemlagen beitragen. Schutzräume für suchtkranke und obdachlose Menschen bieten die Möglichkeit körperlicher Hygiene und sozialer Kontakte, ein sicheres Umfeld sowie Zugang zu Beratungsangeboten. Zum Zentrum für Teilhabe: Wir</p>

	<p>von ihrem aktuellen Status Unterstützung erhalten können. Das geplante Zentrum für Teilhabe bewerten wir als einen vielversprechenden Ansatz zur Förderung der sozialen Integration und Teilhabe von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen. Unsere Erwartungen an dieses Zentrum sind, dass es als zentrale Anlaufstelle fungiert, die nicht nur Wohnmöglichkeiten bietet, sondern auch soziale, psychologische und berufliche Unterstützung. Wir erhoffen uns von dem Zentrum, dass es Barrieren abbaut, den Zugang zu Hilfsangeboten erleichtert und eine stärkere Einbindung der Zielgruppe in die Gemeinschaft fördert. Letztlich soll es dazu beitragen, die Lebensqualität der Betroffenen zu steigern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.</p>		<p>im Rahmen der Kooperationsverträge von 1000 auf mindestens 2500 Wohnungen erhöht werden.</p>	<p>versprechen uns von der Bündelung der Aufgaben im Bereich der Eingliederungshilfe, des Integrations- und Versorgungsamtes und von der Zusammenführung des Bereichs Eingliederungshilfe „Drogen und Sicht“ mit den anderen Aufgabengebieten in einem neuen ‚Zentrum für Teilhabe‘ ab 1.1.2026, vor allem, dass es insgesamt zu Leistungsverbesserungen für die Betroffenen kommt. Mit der Zusammenlegung unterschiedlicher operativer Bereiche soll eine Neuordnung der Teilhabelandschaft für Menschen mit Behinderungen in Hamburg erreicht werden.</p>
<p>Finanzierung und Fachkräfte: Wie sichern Sie die Finanzierung der Suchthilfe langfristig? Wie vermeiden Sie negative Auswirkungen strenger Haushaltsvorgaben? Wie machen Sie die Arbeit in der Suchthilfe attraktiv angesichts des Fachkräftemangels?</p>	<p>Um die langfristige Finanzierung der Suchthilfe zu sichern, setzen wir sowohl auf die Bereitstellung stabiler finanzieller Mittel als auch auf eine nachhaltige Entwicklung der Angebote. Wir streben eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen an, um sicherzustellen, dass ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Um negative Auswirkungen strenger Haushaltsvorgaben zu vermeiden, setzen wir auf eine langfristige Planbarkeit der Mittel und eine flexible Mittelverwendung, die es ermöglicht, auf sich verändernde Bedarfe und Herausforderungen schnell zu reagieren. Darüber hinaus ist es wichtig, die Wirkung und Effizienz der bestehenden Angebote regelmäßig zu evaluieren, um gezielt in die erfolgversprechendsten Projekte zu investieren und damit Ressourcen effizienter zu nutzen.</p> <p>Um die Arbeit in der Suchthilfe attraktiv zu machen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bedarf es verschiedener Maßnahmen. Dazu gehören verbesserte Arbeitsbedingungen, wie die Förderung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Einführung flexibler Arbeitszeiten und eine angemessene Vergütung, die der Verantwortung und den Anforderungen des Berufs gerecht wird. Auch die aktive Öffentlichkeitsarbeit, um das Bewusstsein für die wichtige Arbeit in der Suchthilfe zu schärfen und das Berufsfeld für junge Menschen attraktiver zu gestalten ist von Bedeutung. Letztlich ist es unser Ziel, die Rahmenbedingungen in der Suchthilfe so zu gestalten, dass sie nicht nur den Bedürfnissen der Klient*innen gerecht werden, sondern auch die Fachkräfte motivieren und unterstützen.</p>	<p>Die CDU setzt für eine gesicherte Finanzierung der Suchthilfe und Präventionsarbeit ein. Die steigende Zahl an suchtkranken Menschen erfordert auskömmliche Mittel, um diesen Personen möglichst schnell wieder Perspektiven ermöglichen zu können. Dazu ist auch eine entsprechende Vergütung der Arbeit innerhalb der Suchthilfe unabdingbar!</p>	<p>Die Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe sind aufgrund des fehlenden Ausgleichs von finanziellen Mehrbelastungen in den vergangenen Jahren, beispielsweise durch Tarifsteigerungen oder Miet- und Energiekostensteigerungen, von faktischen Kürzungen betroffen. Dies führt zu Personalabbau, was wiederum eklatante Versorgungslücken nach sich ziehen würde. Hinzukommt, dass die Finanzierung häufig nur für ein oder zwei Jahre sichergestellt ist. Als LINKE setzen wir uns für eine verlässliche, langfristige und bedarfsgerechte Finanzierung der Drogen- und Suchthilfe ein, nur so kann die Planungssicherheit der Träger überhaupt erst sichergestellt werden. Tarifsteigerungen sowie Miet- und Betriebskostensteigerungen müssen an die realen Kosten angepasst und sollten nicht aus dem laufenden Budget bezahlt werden. Mit einer verlässlichen finanziellen Perspektive wird die Drogen- und Suchthilfe auch zu einem attraktiven Arbeitgeber.</p>	<p>Wir haben die Suchthilfe bereits in den vergangenen Haushalten zum Schonbereich erklärt und haben im Haushalt 2025/2026 erstmals eine Refinanzierung der Tarifsteigerungen bei den Zuwendungsempfängenden insgesamt erreichen können. Damit und mit unseren Anstrengungen bei der Hilfe für Schwerstabhängige bspw. rund um das Drob Inn und dem Hamburger Psychiatrieplan schaffen wir Aufmerksamkeit und Interesse für die Aufgabengebiete der Suchthilfe insgesamt.</p>

*FDP und VOLT wurden ebenfalls um Beantwortung der Fragen gebeten. Eine Rückmeldung blieb bis zum Redaktionsschluss aus.